

# BGB Allgemeiner Teil

Köhler

48. Auflage 2024  
ISBN 978-3-406-81983-4  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher  
für das juristische Studium

Köhler  
BGB Allgemeiner Teil

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# **BGB**

# **Allgemeiner Teil**

Ein Studienbuch

von

**Dr. Helmut Köhler**

em. o. Professor an der Universität München  
Richter am OLG München a. D.

48., neu bearbeitete Auflage, 2024  
des von Heinrich Lange begründeten Werkes

beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitervorschlag: Köhler BGB AT § ... Rn ...

  
**beck.de** DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 81983 4  
ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 81984 1

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH  
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



[chbeck.de/nachhaltig](https://chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

## **Vorwort**

Für die Neuauflage wurde das Buch auf den derzeitigen Stand der Rechtsentwicklung in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum gebracht. Anregungen und Kritik sind stets willkommen (H.Koehler@jura.uni-muenchen.de).

München, im Juli 2024

*Helmut Köhler*

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXVII
Schrifttum zum Allgemeinen Teil des BGB .....	XXIX

## 1. Kapitel. Einführung in das Privatrecht

<b>§ 1. Recht und Rechtsquellen</b> .....	1
A. Das Recht .....	1
I. Die Struktur des Rechts .....	1
II. Die Aufgabe des Rechts .....	1
B. Die Rechtsquellen .....	2
I. Rechtsprinzip und Rechtssatz .....	2
II. Gesetztes Recht und Gewohnheitsrecht .....	2
1. Gesetztes Recht .....	2
2. Gewohnheitsrecht .....	3
a) Entstehung und Begriff des Gewohnheitsrechts .....	3
b) Gleichberechtigung von Gewohnheitsrecht und Gesetzesrecht ..	3
c) Außerkrafttreten des Gewohnheitsrechts .....	3
III. Richterrecht und Verkehrssitte .....	4
1. Richterrecht .....	4
2. Verkehrssitte .....	4
<b>§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht</b> .....	5
A. Die Abgrenzung und ihre Bedeutung .....	5
B. Die Einteilung des Privatrechts und des öffentlichen Rechts .....	6
I. Die Gebiete des Privatrechts .....	6
II. Die Gebiete des öffentlichen Rechts .....	7
C. Das Zusammenwirken von Privatrecht und öffentlichem Recht .....	8
<b>§ 3. Das bürgerliche Recht</b> .....	9
A. Das Bürgerliche Gesetzbuch als Grundlage des bürgerlichen Rechts .....	9
I. Die Entstehung des BGB .....	9
II. Die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des BGB ..	10
III. Aufbau und Inhalt des BGB .....	12
IV. Sprache und Regelungstechnik des BGB .....	12
V. Inhaltliche Einteilung der Normen des BGB .....	14
1. Strenges und billiges Recht .....	14
2. Zwingendes und dispositives Recht; Auslegungsregeln .....	15
B. Die Fortentwicklung des bürgerlichen Rechts .....	16
I. Das Kaiserreich .....	16
II. Die Weimarer Republik .....	17
III. Die nationalsozialistische Herrschaft .....	17
IV. Die Besatzungszeit .....	18
V. Die Entwicklung in der ehemaligen DDR .....	18
VI. Die Entwicklung in der Bundesrepublik .....	18



1. Die Bedeutung des Grundgesetzes	18
2. Die Rechtsentwicklung auf einzelnen Gebieten	19
VII. Der Einfluss des Unionsrechts auf das Bürgerliche Recht	20
1. Die Rechtsangleichung als Ziel der Union	20
2. Die Mittel der Rechtsangleichung	20
a) Die Verordnung	20
b) Die Richtlinie	20
3. Der Einfluss der Richtlinien auf das Bürgerliche Recht	21
4. Die richtlinienkonforme Auslegung	21
5. Fehlerhafte Umsetzung einer Richtlinie	22
6. Der Einfluss des AEUV auf das Bürgerliche Recht	22
7. Künftiges Europäisches Zivilgesetzbuch	22
C. Der Geltungsbereich des Bürgerlichen Gesetzbuchs	23
I. Der sachliche Geltungsbereich	23
II. Der zeitliche Geltungsbereich	23
III. Der räumliche Geltungsbereich	23
<b>§ 4. Anwendung, Auslegung und Fortbildung des Privatrechts</b>	<b>25</b>
A. Die Rechtsanwendung im Allgemeinen	25
I. Ermittlung eines für den Lebenssachverhalt in Betracht kommenden Rechtssatzes	25
II. Prüfung, ob der Lebenssachverhalt den Tatbestand der Rechtsnorm erfüllt (Subsumtion)	25
III. Feststellung der sich daraus ergebenden Rechtsfolge	25
B. Die Rechtsanwendung im Prozess	25
I. Die Stellung des Richters	25
II. Die Aufgabe des Richters im Prozess	26
1. Die Klageerhebung	26
2. Die mündliche Verhandlung	26
3. Die Beweisaufnahme	26
4. Das Urteil	26
C. Die Gesetzesauslegung	27
I. Die Notwendigkeit der Gesetzesauslegung	27
II. Das Ziel der Gesetzesauslegung	27
III. Die Methoden der Gesetzesauslegung	27
1. Die sprachlich-grammatische Auslegung	28
2. Die systematische Auslegung	28
3. Die historische Auslegung	28
4. Die teleologische Auslegung	29
5. Exkurs: Die ökonomische Analyse des Rechts	29
IV. Die Berücksichtigung übergeordneter Rechtsnormen bei der Auslegung	30
D. Die Rechtsfortbildung	30
I. Ausfüllung von Gesetzeslücken	30
1. Analogie	30
2. Teleologische Reduktion	31
II. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	31

**2. Kapitel. Die Rechtsgeschäftslehre**

**§ 5. Grundlagen und Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre** . . . . . 33

A. Der Grundsatz der Privatautonomie . . . . . 33

    I. Die Bedeutung der Privatautonomie . . . . . 33

    II. Die Schranken der Privatautonomie . . . . . 34

        1. Schranken der Abschlussfreiheit . . . . . 34

            a) Zum Schutze des Handelnden . . . . . 34

            b) Zum Schutze Dritter . . . . . 35

        2. Schranken der Inhaltsfreiheit . . . . . 35

            a) Zum Schutze des Vertragspartners . . . . . 35

            b) Zum Schutze Dritter und der Allgemeinheit . . . . . 35

        3. Schranken der Formfreiheit . . . . . 35

        4. Schutz vor Diskriminierung . . . . . 35

B. Die Lehre vom Rechtsgeschäft und von der Vertrauenshaftung . . . . . 35

C. Die Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre . . . . . 37

    I. Begriff und Bedeutung des Rechtsgeschäfts . . . . . 37

    II. Tatbestand und Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts . . . . . 37

    III. Geschäftsähnliche Handlung und Realakt . . . . . 38

        1. Geschäftsähnliche Handlung . . . . . 38

        2. Realakt . . . . . 38

        3. Zweifelsfragen . . . . . 39

D. Die Einteilung der Rechtsgeschäfte . . . . . 39

    I. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte . . . . . 39

    II. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen . . . . . 40

    III. Vermögensrechtliche und personenrechtliche Rechtsgeschäfte . . . . . 40

    IV. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte . . . . . 40

        1. Begriff, Bedeutung und Unterschiede . . . . . 40

        2. Das Trennungs- und Abstraktionsprinzip . . . . . 42

        3. Die Folgen des Abstraktionsprinzips bei Unwirksamkeit nur des Verpflichtungsgeschäfts („Leistungskondition“) . . . . . 43

        4. Die Folgen des Abstraktionsprinzips bei Unwirksamkeit nur des Verfügungsgeschäfts . . . . . 44

    V. Treuhandgeschäfte . . . . . 44

    VI. Verbraucherverträge . . . . . 45

        1. Die Begriffe des „Verbrauchers“ und des „Unternehmers“ . . . . . 45

            a) „Verbraucher“ . . . . . 45

            b) „Unternehmer“ . . . . . 46

        2. Einzelne Verbrauchervertragsregelungen . . . . . 47

        3. Durchsetzung der Verbraucherschutzregelungen . . . . . 47

**§ 6. Die Willenserklärung** . . . . . 48

A. Begriff und Arten der Willenserklärung . . . . . 48

    I. Der Begriff der Willenserklärung . . . . . 48

        1. Der objektive Tatbestand . . . . . 48

        2. Der subjektive Tatbestand . . . . . 50

    II. Die Arten der Willenserklärung . . . . . 51

        1. Ausdrückliche und konkludente Willenserklärung . . . . . 51

2. Schweigen als Willenserklärung	52
a) Schweigen als Erklärungshandlung	52
b) Schweigen mit Erklärungswirkung	52
3. Automatisierte Willenserklärungen	53
4. Online abgegebene Willenserklärungen	53
B. Das Wirksamwerden der Willenserklärung	53
I. Grundsatz	53
II. Empfangsbedürftige und nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen	53
III. Die Abgabe der Willenserklärung	54
IV. Der Zugang der Willenserklärung	56
1. Der Begriff des Zugangs	56
2. Einzelfragen	58
a) Zustellung durch die Post	58
b) Einschaltung einer Mittelsperson	59
c) Einschaltung von elektronischen Kommunikationssystemen	60
d) Erklärungen unter Anwesenden	61
e) Formbedürftige Willenserklärungen	61
f) Beweis des Zugangs	61
g) Abweichende Regelungen	62
3. Der Widerruf der Erklärung	62
4. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden (§ 130 Abs. 2 BGB)	62
5. Geschäftsunfähigkeit und beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers (§ 131 BGB)	63
6. Zustellung als Zugangersatz	64
7. Zugangshindernisse, insbes. Vereitelung oder Verzögerung des Zugangs	65
<b>§ 7. Die Willensmängel</b>	66
A. Überblick	66
B. Fehlen des Handlungswillens, des Erklärungsbewusstseins und des Geschäftswillens	67
I. Fehlen des Handlungswillens	67
II. Fehlen des Erklärungsbewusstseins	68
III. Fehlen des Geschäftswillens	69
C. Geheimer Vorbehalt, Scheingeschäft und nichternstliche Erklärung	70
I. Der geheime Vorbehalt (§ 116 BGB)	70
II. Das Scheingeschäft (§ 117 BGB)	71
1. Begriff und Bedeutung des Scheingeschäfts	71
2. Abgrenzung	72
3. Der Schutz Dritter beim Scheingeschäft	72
4. Das verdeckte Geschäft	73
III. Die nichternstliche Erklärung (§ 118 BGB)	73
1. Begriff und Bedeutung	73
2. Abgrenzung	74
D. Der Irrtum	74
I. Allgemeines	74
II. Die einzelnen Irrtumstatbestände	75
1. Der Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	75

2. Der Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB) . . . . .	75
3. Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB) . . . . .	76
4. Der Übermittlungsirrtum (§ 120 BGB) . . . . .	78
III. Abgrenzungsfragen . . . . .	79
1. Das Unterschreiben einer ungelesenen Urkunde . . . . .	79
2. Der Irrtum über die Rechtsfolgen . . . . .	80
3. Der Kalkulationsirrtum und der beiderseitige Motivirrtum . . . . .	80
4. Die automatisierte Willenserklärung . . . . .	82
5. Die abredewidrige Blankettausfüllung . . . . .	82
IV. Einschränkungen der Anfechtbarkeit . . . . .	83
1. Die subjektive und objektive Erheblichkeit des Irrtums . . . . .	83
2. Die Anfechtungsfrist (§ 121 Abs. 1 S. 1 BGB) . . . . .	83
3. Sonstige Einschränkungen . . . . .	84
a) Einverständnis des Gegners mit wirklich gewolltem Geschäftsinhalt . . . . .	84
b) Vorrang der geschäftstypischen Risikoverteilung . . . . .	85
c) Vorrang der Mängelhaftung vor der Anfechtung nach § 119 Abs. 2 BGB? . . . . .	85
d) Einschränkung der Anfechtung bei Arbeits- und Gesellschaftsverträgen . . . . .	85
e) Ausschluss der Anfechtung durch Vereinbarung . . . . .	86
V. Die Anfechtung und ihre Folgen . . . . .	86
E. Die arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung . . . . .	87
I. Allgemeines . . . . .	87
II. Die arglistige Täuschung . . . . .	87
1. Täuschung . . . . .	87
2. Kausalität zwischen Täuschung und Willenserklärung . . . . .	88
3. Arglist . . . . .	89
4. Person des Täuschenden . . . . .	89
5. Beweislast . . . . .	91
III. Die widerrechtliche Drohung . . . . .	91
1. Drohung . . . . .	91
2. Kausalität zwischen Drohung und Erklärung . . . . .	92
3. Widerrechtlichkeit der Handlung . . . . .	92
a) Widerrechtlichkeit des Mittels . . . . .	93
b) Widerrechtlichkeit des Zwecks . . . . .	93
c) Inadäquanz von Mittel und Zweck . . . . .	93
IV. Rechtsfolgen der Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung . . . . .	94
1. Anfechtbarkeit und Anfechtung . . . . .	94
2. Einschränkungen der Anfechtbarkeit . . . . .	94
3. Die Anfechtungsfristen . . . . .	95
4. Konkurrenzfragen . . . . .	95
a) Das Verhältnis zu Nichtigkeits- und sonstigen Anfechtungsgründen . . . . .	95
b) Das Verhältnis zu Leistungsstörungsregeln . . . . .	96
c) Das Verhältnis zu Schadensersatzansprüchen . . . . .	96

F. Allgemeine Regelungen zur Anfechtung	97
I. Begriff der Anfechtbarkeit und der Anfechtung	97
1. Begriff der Anfechtbarkeit	97
2. Gegenstand der Anfechtung	97
3. Abgrenzung	98
II. Voraussetzungen der Anfechtung	98
1. Zulässigkeit der Anfechtung	98
2. Anfechtungsgründe	99
3. Anfechtungsfristen	99
III. Anfechtungsrecht, Anfechtungserklärung, Anfechtungsgegner	99
1. Das Anfechtungsrecht	99
2. Die Anfechtungserklärung	100
3. Der Anfechtungsgegner	101
IV. Die Wirkungen der Anfechtung	101
1. Rückwirkung	101
2. Folgen des Kennens und Kennenmüssens der Anfechtbarkeit	102
3. Wirkung gegenüber Dritten	102
V. Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB)	103
<b>§ 8. Der Vertrag</b>	104
A. Allgemeines	104
I. Funktion, Begriff und Arten des Vertrages	104
II. Das Zustandekommen des Vertrages	105
III. Vertragsverhandlungen und Vertragsverhältnis	105
B. Das Angebot	106
I. Die Voraussetzungen des Angebots	106
1. Die Bestimmtheit des Angebots	106
2. Die Verbindlichkeit des Angebots	107
II. Rechtsfolgen des Angebots	108
1. Bindung an das Angebot	108
2. Die Rechtsposition des Angebotsempfängers	110
3. Das Erlöschen des Angebots	110
C. Die Annahme	112
I. Begriff und Bedeutung der Annahme	112
II. Erklärung der Annahme	113
III. Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“	115
IV. „Auftragsbestätigung“ und „kaufmännisches Bestätigungsschreiben“	115
1. Abgrenzung	115
2. Bedeutung des Schweigens auf ein Bestätigungsschreiben	116
3. Voraussetzungen des Vertrauensschutzes	116
4. Grenzen des Vertrauensschutzes	117
5. Unkenntnis und Willensmängel beim Empfänger	117
D. Sonderregelungen für den Widerruf einer Vertragserklärung	118
I. Die verbraucherschützenden Widerrufsrechte	118
II. Widerrufserklärung, Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	118
1. Widerrufserklärung	118
2. Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	119
III. Rechtsnatur und Rechtsfolgen des Widerrufs	119

E. Der Einigungsmangel (Dissens) .....	120
I. Die Einigung als Wesensmerkmal des Vertrages .....	120
II. Der offene Dissens .....	120
III. Der versteckte Dissens .....	121
F. Vertragsfreiheit und Kontrahierungszwang .....	122
G. Vorvertrag und Optionsvertrag .....	124
I. Der Vorvertrag .....	124
II. Der Optionsvertrag .....	125
III. Exkurs: Die Festofferte .....	126
H. Der Vertragsschluss im Internet .....	126
I. Einführung .....	126
II. Das Zustandekommen des Vertrages im Internet .....	126
1. Angebot .....	127
2. Annahme .....	127
3. Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen .....	128
III. Wirksamkeit von Willenserklärungen .....	128
1. Abgabe und Zugang .....	128
2. Willensmängel .....	128
3. Form .....	129
4. Bestellung über Schaltfläche („Button“) .....	129
<b>§ 9. Die Auslegung des Rechtsgeschäfts</b> .....	130
A. Begriff und Bedeutung der Rechtsgeschäftsauslegung .....	131
B. Auslegungsgegenstand und Auslegungsmittel .....	131
C. Auslegungsziele .....	132
I. Die möglichen Auslegungsziele und die Bedeutung der Interessenlage .....	132
II. Die Auslegung von Testamenten .....	132
III. Die Auslegung von empfangsbedürftigen Willenserklärungen .....	132
IV. Die Auslegung von Erklärungen an die Allgemeinheit .....	134
D. Einzelne allgemeine Auslegungsgrundsätze .....	134
I. Das Verbot der Buchstabenauslegung .....	134
II. Das Gebot der Berücksichtigung von Treu und Glauben und der Verkehrssitte (§ 157 BGB) .....	135
III. Der Vorrang des übereinstimmend Gewollten .....	136
IV. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen .....	136
E. Die ergänzende Vertragsauslegung .....	137
I. Vorrang der Vertragsergänzung durch dispositives Recht .....	137
II. Anwendungsbereich und Funktion der ergänzenden Vertragsauslegung .....	138
1. Voraussetzungen .....	138
2. Durchführung .....	138
III. Ergänzende Vertragsauslegung und Grundsätze über die Geschäftsgrundlage .....	139
<b>§ 10. Die Geschäftsfähigkeit</b> .....	140
A. Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit ..	140
I. Die Geschäftsfähigkeit .....	140
II. Die Geschäftsunfähigkeit .....	140
III. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit .....	141

B. Die Rechtsfolgen der Geschäftsunfähigkeit .....	141
C. Die Rechtsfolgen der beschränkten Geschäftsfähigkeit .....	143
I. Die Abgrenzung von zustimmungsfreien und zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften .....	143
1. Verpflichtungsgeschäfte .....	144
2. Verfügungsgeschäfte .....	145
3. Annahme einer Leistung als Erfüllung .....	147
4. Ausübung von Gestaltungsrechten und Ablehnung von Angeboten .....	147
5. Rechtlich neutrale Geschäfte .....	148
II. Die Einwilligung .....	149
1. Begriff der Einwilligung .....	149
2. Arten der Einwilligung .....	149
a) Die Einzeleinwilligung .....	150
b) Die Generaleinwilligung .....	150
c) Die Einwilligung durch Überlassung von Mitteln („Taschengeldparagraf“, § 110 BGB) .....	150
III. Die Rechtsfolgen fehlender Einwilligung .....	152
1. Einseitige Rechtsgeschäfte .....	152
2. Verträge .....	152
IV. Die Handels- und Arbeitsmündigkeit .....	153
1. Die Handelsmündigkeit .....	154
2. Die Arbeitsmündigkeit .....	154
V. Die datenschutzrechtliche Einwilligung durch Minderjährige .....	154
D. Vormundschaft, Pflegschaft für Minderjährige, rechtliche Betreuung .....	155
I. Vormundschaft .....	155
II. Pflegschaft für Minderjährige .....	155
III. Rechtliche Betreuung .....	155
<b>§ 11. Die Vertretung</b> .....	156
A. Allgemeines .....	157
I. Begriff und Funktion der Vertretung .....	157
1. Gesetzliche Vertretung .....	157
2. Gewillkürte Vertretung .....	158
II. Voraussetzungen und Folgen der Vertretung .....	158
III. Zulässigkeit der Vertretung .....	159
IV. Anwendungsbereich der Vertretung .....	159
V. Abgrenzung .....	159
1. Bote .....	159
2. Abschlussvermittler .....	159
3. Verhandlungsgehilfe .....	159
4. Mittelbarer (Stell)Vertreter .....	159
5. Treuhänder .....	160
6. Gesetzliche Vermögensverwalter .....	160
7. Wissensvertreter .....	160
B. Das Handeln in fremdem Namen .....	160
I. Abgabe einer eigenen Willenserklärung (Abgrenzung zum Boten) .....	160
II. Auftreten in fremdem Namen (Offenkundigkeitsprinzip) .....	161
III. Das „verdeckte Geschäft für den, den es angeht“ .....	162

IV. Die „mittelbare Stellvertretung“	163
V. Das „Handeln unter fremdem Namen“	163
C. Die Vollmacht	164
I. Begriff und Erteilung der Vollmacht	164
II. Vollmacht und Innenverhältnis	165
III. Form der Vollmacht und Vertretergeschäft	165
IV. Vollmacht und Willensmängel	166
V. Erlöschen der Vollmacht	167
1. Erledigung der Vollmacht	168
2. Erlöschen nach Maßgabe des Innenverhältnisses	168
3. Verzicht auf die Vollmacht	169
4. Widerruf der Vollmacht	169
5. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Vollmachtgebers	170
6. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Bevollmächtigten	170
D. Die Vollmacht kraft Rechtsscheins, insbesondere die Duldungs- und Anscheinsvollmacht	170
I. Gesetzlich geregelte Fälle der Rechtsscheinvollmacht	171
1. Rechtsschein des Fortbestands einer Außenvollmacht	171
2. Rechtsschein durch Kundgabe der Bevollmächtigung	171
3. Aushändigung einer Vollmachtsurkunde	171
4. Sonstige Fälle	172
II. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	172
1. Duldungsvollmacht	173
2. Anscheinsvollmacht	174
III. Weitere Voraussetzungen der Rechtsscheinvollmacht	175
E. Das Vertretergeschäft	176
I. Auslegung	176
II. Willensmängel	177
III. Kennen und Kennenmüssen von Umständen	178
IV. Erweiterte Wissenszurechnung	179
1. Wissenszurechnung bei Vertretern einer juristischen Person	179
2. Wissenszurechnung bei „Wissensvertretern“	179
3. Wissenszurechnung innerhalb einer arbeitsteiligen Organisation	179
F. Umfang und Grenzen der Vertretungsmacht	180
I. Der Umfang der Vertretungsmacht	180
1. Gesetzliche Vertretungsmacht	180
2. Organschaftliche Vertretungsmacht	180
3. Vollmacht	181
a) Allgemeines	181
b) Untervollmacht	181
c) Spezial-, Gattungs- und Generalvollmacht	182
d) Transmortale und postmortale Vollmacht	182
e) Verdrängende Vollmacht?	183
II. Einzel- und Gesamtvertretung	183
III. Der Missbrauch der Vertretungsmacht und die Kollusion	183
IV. Das Insichgeschäft	185
G. Handeln ohne Vertretungsmacht	186
I. Die Folgen für das Vertretergeschäft	186



1. Verträge	186
2. Einseitige Rechtsgeschäfte	187
II. Die Haftung des Vertreters (§ 179 BGB)	188
1. Die Haftung bei Kenntnis von der fehlenden Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 1 BGB)	188
2. Die Haftung bei Unkenntnis von der fehlenden Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 2 BGB)	189
3. Ausschluss der Haftung (§ 179 Abs. 3 BGB)	189
4. Fragen der Beweislast und des Wahlrechts des Gegners bei der Rechtsscheinvollmacht	190
5. Einzelfragen	190
III. Das Verhältnis zwischen Vertreter und Vertretenem	191
IV. Das Verhältnis zwischen Vertretenem und Drittem	191
<b>§ 12. Die Form des Rechtsgeschäfts</b>	192
A. Die Formfreiheit als Grundsatz	192
B. Gesetzliche und gewillkürte Form	192
C. Die Formzwecke	193
D. Die Arten der Form	194
I. Die schriftliche Form (§§ 126, 127 BGB)	194
II. Die elektronische Form (§ 126a BGB, § 127 Abs. 1, 3 BGB)	196
III. Die Textform (§§ 126b, 127 Abs. 1 BGB)	197
IV. Die öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB)	198
V. Die notarielle Beurkundung (§§ 127 a, 128 BGB)	199
E. Die Nichteinhaltung gesetzlicher Formvorschriften	199
I. Nichtigkeit als Folge des Formverstößes	199
II. Heilung des Formmangels	200
III. Unbeachtlichkeit der Formverletzung aus Billigkeitsgründen?	200
1. Das Problem: Rechtssicherheit contra Billigkeit	200
2. Die Rechtslage bei Verpflichtungsgeschäften	200
3. Die Rechtslage bei sonstigen Rechtsgeschäften	202
F. Nichteinhaltung der gewillkürten Form	202
<b>§ 13. Der Inhalt des Rechtsgeschäfts</b>	203
A. Allgemeines	203
I. Einschränkungen der rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmacht	203
1. Der rechtsgeschäftliche Typenzwang	203
2. Die Unzulässigkeit rechtsgeschäftlicher Veräußerungsverbote (§ 137 S. 1 BGB)	204
II. Einschränkungen der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit	204
1. Einschränkungen durch zwingende Rechtsnormen	205
2. Einschränkungen durch das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	205
3. Einschränkungen durch die Generalklauseln	205
4. Das Problem der Vertragsgerechtigkeit	205
B. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB)	206
I. Allgemeines	206
II. Vorliegen eines Verbotsgesetzes	206

III. Rechtsfolgen	207
1. Das Verpflichtungsgeschäft	207
2. Das Erfüllungsgeschäft	208
3. Die Rückabwicklung	208
4. Schadensersatzansprüche	209
IV. Die Gesetzesumgehung	209
C. Der Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 BGB)	209
I. Der Begriff der „guten Sitten“	209
1. Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen	210
2. Die rechtlichen Wertungen	210
3. Der Beurteilungszeitpunkt	210
II. Die Feststellung der Sittenwidrigkeit	211
III. Fallgruppen	212
1. Machtmissbrauch	212
2. Gefährdung Dritter oder der Allgemeinheit	212
3. Knebelungsverträge	213
4. Wettbewerbsverbote	213
5. Verstöße gegen die Sexualmoral	213
6. Wucherähnliches Geschäft	214
IV. Die Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	215
1. Allgemeines	215
2. Nichtigkeit des Erfüllungsgeschäfts	215
3. Rückabwicklung	216
4. Verhältnis zur AGB-Kontrolle	216
5. Ersatzansprüche des Benachteiligten	216
D. Das Wuchergeschäft (§ 138 Abs. 2 BGB)	217
I. Der Tatbestand des Wuchergeschäfts	217
1. Objektive Voraussetzungen	217
2. Subjektive Voraussetzungen	218
II. Die Rechtsfolgen	219
1. Das Verpflichtungsgeschäft	219
2. Das Erfüllungsgeschäft	219
3. Die Rückabwicklung	219
<b>§ 14. Zustimmung, Bedingung und Befristung</b>	<b>220</b>
A. Die Zustimmung	220
I. Begriff und Bedeutung der Zustimmung	220
II. Einzelheiten zur Zustimmung	221
III. Die Verfügung eines Nichtberechtigten	222
IV. Die „Ermächtigung“	223
1. Verfügungsermächtigung	223
2. Ausübungs-, insbesondere Einziehungsermächtigung	224
3. Verpflichtungsermächtigung?	224
B. Die Bedingung	225
I. Begriff und Bedeutung der Bedingung	225
1. Allgemeines	225
2. Arten der Bedingung	226
II. Die Zulässigkeit der Bedingung	226

III. Die Wirksamkeit der Bedingung . . . . .	227
IV. Die Wirkungen der Bedingung . . . . .	227
1. Der Eintritt der Bedingung . . . . .	227
2. Der Ausfall der Bedingung . . . . .	228
3. Der Schwebezustand . . . . .	228
C. Die Befristung . . . . .	230
D. Exkurs: Die Berechnung von Fristen und Terminen . . . . .	230
<b>§ 15. Das unwirksame Rechtsgeschäft . . . . .</b>	<b>231</b>
A. Die Nichtigkeit . . . . .	231
I. Begriff und Bedeutung der Nichtigkeit . . . . .	231
II. Die Teilnichtigkeit (§ 139 BGB) . . . . .	232
1. Allgemeines . . . . .	232
2. Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts . . . . .	232
3. Rechtsfolgen . . . . .	233
4. Vorrang des abweichenden Parteiwillens . . . . .	234
III. Die Umdeutung (§ 140 BGB) . . . . .	235
1. Allgemeines . . . . .	235
2. Vorrang der Auslegung . . . . .	235
3. Voraussetzungen der Umdeutung . . . . .	235
4. Rechtsfolgen . . . . .	236
5. Ausschluss der Umdeutung . . . . .	236
IV. Die Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB) . . . . .	236
1. Allgemeines . . . . .	236
2. Voraussetzungen . . . . .	237
3. Rechtsfolgen . . . . .	237
B. Die schwebende Unwirksamkeit . . . . .	238
C. Die relative Unwirksamkeit . . . . .	238
D. Nichtigkeit und Gestaltungsrechte . . . . .	239
<b>§ 16. Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen . . . . .</b>	<b>240</b>
A. Allgemeines . . . . .	240
B. Der Begriff der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ . . . . .	241
I. Die gesetzliche Definition (§ 305 Abs. 1 S. 1 BGB) . . . . .	241
1. Vertragsbedingungen . . . . .	241
2. Vorformulierung . . . . .	242
3. Vielzahl von Verträgen . . . . .	242
4. Stellen der Vertragsbedingungen . . . . .	242
II. Abgrenzung zur Individualabrede (§ 305 Abs. 1 S. 3 BGB) . . . . .	243
C. Sonderregelung für Verbraucherverträge . . . . .	244
I. Begriff des „Verbrauchervertrags“ . . . . .	244
II. Kontrolle von „Drittbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB) . . . . .	244
III. Kontrolle von „Einmalbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB) . . . . .	244
IV. Erweiterte Inhaltskontrolle (§ 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB) . . . . .	245
D. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag . . . . .	245
I. Die Einbeziehungsvereinbarung . . . . .	245
1. Ausdrücklicher Hinweis auf die AGB bei Vertragsschluss . . . . .	245
2. Verschaffung der Möglichkeit der Kenntnisnahme . . . . .	245
3. Einverständnis des Gegners . . . . .	246

II. Exkurs: Kollidierende AGB .....	246
E. Überraschende Klauseln .....	247
F. Die Auslegung von AGB .....	247
I. Der Grundsatz der objektiven Auslegung .....	248
II. Der Vorrang der Individualabrede (§ 305 b BGB) .....	248
III. Die Unklarheitenregel (§ 305 c Abs. 2 BGB) .....	249
G. Die Inhaltskontrolle von AGB und das Umgehungsverbot .....	250
I. Die Inhaltskontrolle von AGB .....	250
II. Das Umgehungsverbot .....	250
H. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von AGB .....	251

### 3. Kapitel. Das subjektive Recht

<b>§ 17. Rechtsverhältnis und subjektives Recht</b> .....	254
A. Das Rechtsverhältnis .....	254
I. Begriff .....	254
II. Inhalt .....	254
III. Entstehen, Änderung und Ende .....	254
B. Das subjektive Recht .....	255
I. Begriff und Bedeutung .....	255
II. Arten .....	255
1. Absolute Rechte .....	255
2. Relative Rechte .....	256
3. Sonstige Arten .....	258
III. Erwerb und Verlust .....	258
1. Erwerb .....	258
2. Verlust .....	259
IV. Die Rechtsausübung .....	260
V. Grenzen der Rechtsausübung .....	261
1. Schikane .....	261
2. Sittenwidrige Rechtsausübung .....	261
3. Treuwidrige Rechtsausübung .....	262
C. Pflichten und Obliegenheiten .....	263
I. Pflichten .....	263
II. Obliegenheiten .....	263
<b>§ 18. Anspruch, Einwendung und Einrede</b> .....	263
A. Anspruch .....	264
I. Begriff und Bedeutung des Anspruchs .....	264
II. Arten des Anspruchs .....	264
III. Anspruchsgrundlage .....	264
IV. Allgemeine Regeln .....	264
V. Mehrheit von Ansprüchen und Anspruchsgrundlagen .....	265
B. Einwendungen und Einreden .....	265
I. Einwendungen .....	265
II. Einreden .....	265
III. Berücksichtigung von Einwendung und Einrede im Prozess .....	266
1. Bestreiten der Klageatsache („Klageleugnen“) .....	266

2. Vorbringen von Verteidigungstatsachen („Einreden im prozessrechtlichen Sinn“)	266
C. Die Einrede der Verjährung	267
I. Begriff und Zweck der Verjährung	267
II. Anwendungsbereich der Verjährung	267
III. Verjährungsfristen	267
1. Grundsatz	267
2. Spezialregelungen	268
IV. Beginn der Verjährung	268
1. Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist	268
2. Beginn sonstiger Verjährungsfristen	269
V. Verjährungshindernisse	269
VI. Wirkungen der Verjährung	270
1. Entstehen eines Leistungsverweigerungsrechts	270
2. Keine Rückforderung des Geleisteten	271
3. Fortbestand dinglicher Sicherheiten	271
VII. Regelung der Verjährung durch Rechtsgeschäft	271
1. Grundsatz der Vertragsfreiheit	271
2. Erschwerung der Verjährung	271
3. Erleichterung der Verjährung	272

**§ 19. Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz** ..... 272

A. Der staatliche Rechtsschutz	272
I. Erkenntnisverfahren	272
II. Vollstreckungsverfahren	273
III. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	273
B. Selbstverteidigung (Notwehr, Notstand) und Selbsthilfe	273
I. Überblick	273
II. Notwehr	273
1. Begriff und Voraussetzungen	273
2. Rechtsfolge	274
III. Notstand	275
1. Begriff und Arten des Notstands	275
2. Verteidigungsnotstand (§ 228 BGB)	275
3. Angriffsnotstand	276
IV. Selbsthilfe (§§ 229–231 BGB)	276
1. Begriff der Selbsthilfe	276
2. Voraussetzungen der Selbsthilfe	276
3. Mittel der Selbsthilfe	277
4. Grenzen der Selbsthilfe	277
5. Rechtsfolge	277

**4. Kapitel. Die Rechtssubjekte**

**§ 20. Die natürlichen Personen** ..... 278

A. Der Mensch als Rechtssubjekt	278
B. Die Rechtsfähigkeit des Menschen	278
I. Begriff und Bedeutung der Rechtsfähigkeit	278

II. Beginn der Rechtsfähigkeit	278
III. Ende der Rechtsfähigkeit	279
IV. Beweisfragen und Todeserklärung	279
V. Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit	279
VI. Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit	280
C. Der Wohnsitz	280
I. Begriff und Bedeutung	280
II. Gewählter und gesetzlicher Wohnsitz	281
D. Name und Namensschutz	281
I. Begriff und Arten des Namens	281
II. Das Namensrecht	282
III. Der Schutz des Namens	282
1. Namensbestreitung	282
2. Namensanmaßung	282
3. Verletzungsfolgen	284
IV. Die Ausdehnung des Namensschutzes	284
E. Der allgemeine Persönlichkeitsschutz	284
<b>§ 21. Juristische Personen</b>	<b>285</b>
A. Allgemeines	285
I. Begriff und Bedeutung	285
II. Arten und Entstehung der juristischen Person	286
1. Juristische Personen des Privatrechts	286
2. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	287
III. Die Relativierung der juristischen Person	287
1. Verein und Gesellschaft als Organisationsmodelle	287
2. Die „rechtsfähige Personengesellschaft“	287
B. Der rechtsfähige Verein	288
I. Entstehung	288
1. Gründungsvertrag	288
2. Erlangung der Rechtsfähigkeit	288
3. Vorverein	289
II. Mitgliedschaft	289
1. Begründung und Beendigung	289
2. Inhalt	290
3. Vereinsstrafen	290
III. Organisation und Willensbildung	291
1. Die Vereinsverfassung	291
2. Die Organe des Vereins	292
a) Der Vorstand	292
b) Die Mitgliederversammlung	293
IV. Vertretung und Haftung	294
1. Vertretung bei Rechtsgeschäften	294
2. Haftung des Vereins	294
a) Die Organ- und Repräsentantenhaftung (§ 31 BGB)	295
b) Gehilfenhaftung	296
c) Haftung für Organisationsmängel	297
d) Haftung der Vereinsmitglieder?	298

V. Haftung von Vorstandsmitgliedern .....	298
VI. Erlöschen, Auflösung und Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins ....	298
1. Erlöschen und Auflösung .....	298
2. Verlust der Rechtsfähigkeit .....	298
3. Liquidation .....	298
C. Vereine ohne Rechtspersönlichkeit .....	299
I. Rechtsentwicklung .....	299
II. Teilnahme am Rechtsverkehr .....	299
III. Rechtsverfolgung durch und gegen den Verein .....	300
IV. Haftung .....	300
1. Haftung der Vereinsmitglieder .....	300
2. Die Haftung des Handelnden (§ 54 Abs. 2 BGB) .....	300
D. Die Stiftung .....	301
I. Begriff und Bedeutung .....	301
II. Entstehen, Verfassung und Erlöschen der Stiftung .....	301
1. Entstehen der Stiftung .....	301
2. Verfassung der Stiftung .....	302
3. Erlöschen der Stiftung .....	302

## 5. Kapitel. Die Rechtsobjekte

<b>§ 22. Rechtsobjekt, Vermögen und Unternehmen .....</b>	<b>303</b>
A. Die Rechtsobjekte .....	303
I. Begriff und Bedeutung .....	303
II. Abgrenzung .....	303
B. Das Vermögen .....	304
I. Begriff .....	304
II. Bedeutung .....	304
C. Das Unternehmen .....	306
I. Begriff .....	306
II. Bedeutung .....	306
<b>§ 23. Sache, Bestandteil, Zubehör und Nutzungen .....</b>	<b>307</b>
A. Die Sachen .....	307
I. Begriff und Abgrenzung .....	307
II. Arten .....	308
1. Unbewegliche und bewegliche Sachen .....	308
2. Vertretbare Sachen und Gattungssachen .....	308
3. Verbrauchbare Sachen .....	309
4. Teilbare Sachen .....	309
B. Einzelsache und Sachgesamtheit .....	309
C. Die Bestandteile .....	310
I. Begriff .....	310
II. Arten .....	310
1. Die allgemeine Regelung für wesentliche Bestandteile (§ 93 BGB) ..	310
2. Die Regelung für Grundstücke (§§ 94–96 BGB) .....	311
III. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung .....	312
1. Rechtliche Bedeutung .....	312
2. Wirtschaftliche Bedeutung .....	312

---

D. Das Zubehör .....	312
I. Begriff .....	313
1. Selbstständige bewegliche Sache .....	313
2. Funktioneller Zusammenhang .....	313
3. Räumlicher Zusammenhang .....	313
4. Vorrang der Verkehrsauffassung .....	313
II. Rechtliche Bedeutung .....	314
E. Nutzungen, Früchte und Lasten .....	314
I. Begriffe .....	314
II. Bedeutung .....	315
<b>§ 24. Digitale Produkte .....</b>	<b>316</b>
A. Begriff und Beispiele .....	316
B. Vertragsrechtliche Regelungen .....	316
<b>Anhang. Technik der Fallbearbeitung .....</b>	<b>317</b>
A. Vorbereitung der Niederschrift .....	317
B. Aufbau und Gestaltung der Niederschrift .....	319
C. Muster eines Falles mit Lösung .....	322
Sachverzeichnis .....	325



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG